

## **Wesentliche Inhalte in Leicht Lesen**

### **Der Begutachtungs-Entwurf zum Tiroler Informations-Freiheits-Anpassungs-Gesetz**

Erstellt von der Abteilung Verfassungsdienst

#### **Vorwort**

Dieser Text ist in Leichter Sprache geschrieben.

Ein Computer-Programm der Firma Capito hilft uns dabei.

Der Text erklärt wichtige Inhalte.

Der Text ist eine Beilage zu einem Begutachtungs-Entwurf.

Der Begutachtungs-Entwurf hat die Geschäfts-Zahl VD-77/7-2025.

#### **Was ist ein Begutachtungs-Entwurf?**

Ein Entwurf ist eine Roh-Fassung.

Konkret: der Text ist noch nicht fertig.

Das Wort Begutachtung bedeutet:

Man kann eine Meinung zum Entwurf abgeben,  
bevor das Gesetz beschlossen wird.

Diese Meinung kann den Entwurf noch ändern.

Nach der Begutachtung wird der Entwurf zu einem Gesetzes-Vorschlag.

Die Landes-Regierung bringt den Gesetzes-Vorschlag  
in den Tiroler Landtag ein.

Der Tiroler Landtag kann das Gesetz ändern und beschließen.

#### **Ein wichtiger Hinweis!**

Dieser Text soll helfen, den Entwurf zu einem Gesetz besser zu verstehen.

Wir kürzen den Entwurf und erklären nur wichtige Inhalte.

## **Tiroler Informations-Freiheits-Anpassungs-Gesetz**

In Tirol gibt es ein Informations-Freiheits-Anpassungs-Gesetz.

Es ist ein Sammel-Gesetz, weil mit dem neuen Gesetz 65 Gesetze geändert werden.

Das Gesetz ist nötig,  
weil es in Österreich ab 1. September 2025 ein neues Bundes-Gesetz gibt.

Das neue Bundes-Gesetz ändert das Bundes-Verfassungs-Gesetz und  
erlässt ein Informations-Freiheits-Gesetz.

Gleichzeitig wird:

- die Amts-Verschwiegenheit,
- die Auskunfts-Pflicht der Verwaltung,
- die Veröffentlichungs-Pflicht der Verwaltung in Bezug auf Studien, Gutachten und Umfragen,  
aufgehoben.

In der Verfassung wird ein Grund-Recht auf Zugang zu Informationen geschaffen.

Aufgrund des neuen Bundes-Gesetzes muss das Landes-Recht angepasst werden.

Der Entwurf heißt in schwerer Sprache:

Gesetz über die aufgrund der Einführung einer allgemeinen Informationsfreiheit erforderliche  
Anpassung der Tiroler Landesrechtsordnung (Tiroler Informationsfreiheits-Anpassungsgesetz).

### **Was ist ein Landes-Gesetz?**

Das Tiroler Informations-Freiheits-Anpassungs-Gesetz gilt nur in Tirol.

Das Gesetz ist ein Landes-Gesetz.

Der Tiroler Landtag beschließt Landes-Gesetze.

Landes-Gesetze werden vom Land Tirol gemacht.

Landes-Gesetze sind in schwerer Sprache geschrieben.

Ein Gesetz ist eine staatliche Regel.

Ein Gesetz sagt, wie etwas sein soll und wie etwas sein muss.

Alle Menschen in Tirol müssen die Gesetze einhalten.

Landesgesetze haben ein Datum und eine Nummer.

## **Was steht im Entwurf?**

Im Entwurf steht:

Ein neues Bundes-Gesetz ändert das Bundes-Verfassungs-Gesetz und erlässt ein Informations-Freiheits-Gesetz.

Durch die Vorgaben vom Bund braucht es ein neues Landes-Gesetz.

Das Landes-Gesetz enthält Anpassungen zum Informations-Freiheits-Gesetz.

## **Was ist eine Information?**

Informationen sind Aufzeichnungen für amtliche oder geschäftliche Zwecke.

Amtliche Zwecke sind Aufgaben einer Behörde.

Aufzeichnungen können Protokolle oder Verträge sein.

## **Welche Begriffe werden geändert?**

Der Begriff Amts-Verschwiegenheit wird durch den Begriff Geheimhaltungs-Pflicht ersetzt.

Geheimhaltungs-Gründe sind zum Beispiel:

- nationale Sicherheit,
- Landes-Verteidigung,
- Öffentliche Ordnung und Sicherheit,
- Abwehr eines großen wirtschaftlichen oder finanziellen Schadens,
- berechnete Interessen von Personen, insbesondere Daten-Schutz.

Es braucht immer eine Interessen-Abwägung der Behörde.

Es gibt private und öffentliche Interessen.

Wichtig ist immer der Einzel-Fall.

Welche Interessen abzuwägen sind, hängt vom Einzel-Fall ab.

Die Behörde wiegt das Interesse, eine Information bekannt zu geben, mit den Geheimhaltungs-Interessen ab.

## **Braucht es eine Geheimhaltungs-Pflicht?**

Sensibles Wissen muss geheim gehalten werden.

Darum braucht es eine Geheimhaltungs-Pflicht für Bedienstete der Länder und Gemeinden.

Organe wie zum Beispiel die Berg-Wacht, Fonds oder Bürgermeister erfahren in ihrem Beruf bestimmte sensible Inhalte.

Organe wie zum Beispiel die Berg-Wacht, Fonds oder Bürgermeister müssen bestimmte Inhalte geheim halten.

Die Geheimhaltungs-Pflicht muss am Grund-Recht auf Informations-Zugang ausgerichtet werden.

## **Warum werden manche Rechte auf Einsicht in bestimmte Register aufgehoben?**

Manche Rechte auf Einsicht in Register werden aufgehoben.

Register sind zum Beispiel:

- Verzeichnis über die in der Gemeinde gehaltenen Hunde,
- Natur-Höhlen-Führer-Verzeichnis,
- Fischerei-Kataster,
- Verzeichnis der Schischulinhaber.

Das Informations-Freiheits-Gesetz gibt allen ein Grund-Recht auf Informations-Zugang.

Das Grund-Recht auf Informations-Zugang gilt auch für bestimmte Register.

## **Was ist besonders wichtig?**

Ein neues Bundes-Gesetz ändert das Bundes-Verfassungs-Gesetz und erlässt ein Informations-Freiheits-Gesetz.

Durch die Vorgaben vom Bund braucht es ein neues Landes-Gesetz.

Das Landes-Gesetz enthält Anpassungen zum Informations-Freiheits-Gesetz.